

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

186 (26.8.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenspreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

9. 186

2./51. Jahrgang

Samstag, den 26. August 1950

Der europäischen Einheit entgegen
Eine Fülle von Gedanken und Anregungen auf dem Liberalen Weltkongreß

Stuttgart (Wb). Die Delegierten des internationalen Liberalen Weltkongresses in Stuttgart befaßten sich am Freitag vormittag auf einer Vollversammlung mit Fragen der kulturellen Einheit Europas. Der Präsident der Liberalen Internationale, de Madariaga, erklärte, die Grundlagen für die europäische Einheit seien bereits gegeben. Es gelte nunmehr, auf geistigem Gebiet den europäischen Menschen zu schaffen.

Wenn die einzelnen Menschen in Europa einmal so weit gekommen seien, daß sie sich mit dem Wort „wir“ nicht mehr als Angehörige verschiedener Nationalitäten, sondern als Europäer bezeichnen, werde es leicht sein, die übrigen Probleme bei der Schaffung einer europäischen Einheit zu lösen. Er legte dem Kongreß zwei Entwürfe zu Resolutionen vor, in denen die beabsichtigte Schaffung der europäischen Universität in Brügge und des europäischen Kulturzentrums in Genf begrüßt und gegen das System der Pässe und Visa innerhalb Westeuropas Stellung genommen wird. In der dritten Entscheidung sollen die Regierungen aufgefordert werden, sämtliche Beschränkungen für den Austausch von Büchern innerhalb Europas sofort abzuschaffen. Die Resolutionen werden der Vollversammlung der Liberalen Internationale vorgelegt werden.

Als Sprecher der deutschen Delegation betonte der württemberg-badische Bundestagsabgeordnete Ernst Mayer (FDP) die Bereitschaft der Deutschen, bei der Schaffung einer kulturellen Einheit Europas mitzuarbeiten. Mayer, der für Bundespräsident Professor Dr. Theodor Heuss sprach, erklärte, er könne die Unterstützung der Bundesrepublik bei allen Bemühungen zuzugunsten des kulturellen Austauschs in Europa und den Austausch von Lehrern und Studenten zu fördern.

Als Vertreter der ukrainischen Delegation im Exil erklärte Professor S. Dragomanow, er hoffe, daß auch junge Menschen aus Gebieten jenseits des Eisernen Vorhangs einmal an Kursen der neuerrichteten europäischen Universität in Brügge teilnehmen könnten. Der schwedische Professor Oswald Schjogren, in einer Erweiterung der Anträge de Madariagas einen verstärkten Austausch von Studenten und Professoren zwischen den verschiedenen europäischen Staaten zu fördern.

Der Vizepräsident des Schweizer Nationalrates und Präsident der Liberalen Partei der Schweiz, Alejandro, hob besonders hervor, daß zur Schaffung einer europäischen Einheit vor allen Dingen erforderlich sei, dem Gerede von der angeblichen geistigen oder charakterlichen Überlegenheit bestimmter Rassen und Kulturen entgegenzutreten. Am Freitag nachmittag fanden in Stuttgart-Bad Cannstatt Sitzungen der Ausschüsse über kulturelle und politische Fragen statt, in denen Delegierte fast aller europäischen Staaten vertreten waren.

Ostzonen-Nationalkongreß begann

Pieck spricht von „ganz Deutschland“
London (ZSH). In der russischen Zone Berlins wurde heute der Kongreß der von den Kommunisten ins Leben gerufenen Nationalen Front mit einer Massenversammlung im Lustgarten eröffnet. Auf der Sitzung, die der Massenkundgebung vorausging, billigte der Rat der „Nationalen Front“ das Wahlprogramm, das von einem Vertreter des Rates als ein kämpferisches Programm zur Befreiung Westdeutschlands bezeichnet wurde. Wilhelm Pieck richtete an den „Nationalen Kongreß“ ein Schreiben, in dem er der Gewißheit Ausdruck verlieh, daß dieser Kongreß ein neuer Ansporn für „unsere Nation“ sein werde, ganz Deutschland an der Seite der großen Sowjetunion in die Friedensgemeinschaft aller demokratischen Völker einzugliedern.

Der Kirchentag an der Arbeit

Überraschend starke Anteilnahme
Essen (epd). Unter überraschend starker Anteilnahme begannen die Arbeitsgruppen des Deutschen Evangelischen Kirchentages ihre Beratungen über das Gesamtthema „Rettet den Menschen“. Über 8 000 Teilnehmer waren in den drei großen Hallen des Gruga-Geländes versammelt. Besondere Anziehungskraft übte das Thema „Vertriebene und Eingewessene“ aus, zu dem der niedersächsische Föderationsminister, Pastor Albertz, ein einleitendes Referat gab. Fast ebenso starke Beachtung fand die vierte Arbeitsgruppe, der das Thema gestellt war: „Ist die Kirche unglaubwürdig?“ Die lebhaften Aussprachen in den Arbeitsgruppen liefen die Grundlage für die Resolutionen, die am Schlußtag der Hauptversammlung vorgelegt werden sollen.

Eine Entscheidung von den evangelischen Christen für die Erhaltung des christlichen Abendlandes im Falle eines Angriffskrieges forderte der Bundestagsabgeordnete und Leiter des Evangelischen Hilfswerkes in Deutschland, Dr. Gerstenmaier, am Freitagabend in einer Rede vor dem Evangelischen Kirchentag in Essen. Unter anderem sagte er, die Christen in Deutschland müßten sich heute entscheiden, ob sie für den Fall eines Angriffs auf die Freiheit gemeinsam mit den anderen zu ihrer Verteidigung entschlossen seien. Es gehe um die Erhaltung oder den Untergang des christlichen Abendlandes.

Das Neueste über Adenauers Vorschläge

Mehrstufige Geheimhaltung des Kabinetts über die Sicherheitsfrage - Kommt man der Endlösung näher? - Vollmotorisierte Schutzpolizei steht jetzt zur Debatte

Bonn (UP). Die Bundesregierung besprach in einer geheimen Kabinettsitzung das Sicherheitsproblem und die vom Bundeskanzler in diesem Zusammenhang vorgebrachten deutschen Wünsche. Der Bundespressesekretär sagte nach der Sitzung vor der Presse in Bonn, daß außer den Kabinettsmitgliedern nur der Leiter der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten, Ministerialdirektor Blankenhorn, an der Konferenz teilgenommen habe.

Die Kabinettsdiskussion folgte einer Zusammenkunft des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy am Vortage, in deren Verlauf Dr. Adenauer einige Vorschläge über den Aufbau einer Schutzpolizei überbrachte haben soll. Der Bundespressesekretär betonte, er könne über den Inhalt der Geheimkonferenz keine Angaben machen. Die Sicherheitsfrage habe jedoch den größten Teil der vierstündigen Kabinettsbesprechung ausgefüllt.

Wie jedoch aus unterrichteten Regierungskreisen verlautet, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer den alliierten Hohen Kommissaren einen deutschen Vorschlag als Diskussionsgrundlage übermittelt, der die Bildung einer wirkungsvollen vollmotorisierten Schutzpolizei mit leichten Waffen vorsieht. Diese „Empfehlung“ überbrachte Dr. Adenauer am Donnerstag abend in einer Konferenz mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy.

Die Einzelheiten

Die Schutzpolizei soll nach den Anregungen des Bundeskanzlers einer Zentrale im Bundesinnenministerium unterstehen, die an sogenannte Bezirksführer auf dem Funkwege Weisungen erteilt. Dadurch werde es möglich, daß die Bundespolizei jederzeit an jedem Ort des Bundesgebietes verwendet werden könne. Die Polizeibezirke sollen den Regierungsbezirken der alten Provinzial-Landordnung entsprechen. Der Bundespräsident soll eine entsprechende Vorlage zur Änderung des Grundgesetzes einbringen. Damit würde die neue Bundespolizei etwa den ehemaligen „Grünen Landespolizeiverbänden“ entsprechen. Ein namhafter Polizei-Sachverständiger hat den Bundeskanzler hinsichtlich der Organisation dieser Polizeitruppe beraten.

Die Schutzpolizei sollte voll motorisiert und mit leichten Maschinenwaffen ausgerüstet werden. Die Bezirke sind durch Funkprech- und Funkverkehr direkt miteinander und mit der Bonner Zentrale verbunden. Ein Sonderbezirk „Ost“ soll den Schutz der Zonengrenze im Osten übernehmen. Die Ausrüstung und Motorisierung sollte nach den Vorschlägen des Kanzlers von den Vereinigten Staaten, die Bekleidung durch Großbritannien und

Frankreich finanziert werden. Besoldung und Kasernierung soll auf das Konto der Besatzungskosten gehen, die jedoch nicht erhöht werden sollen, da die Schutzpolizei als Ergänzung der alliierten Sicherheitsverbände geschaffen werden würde. Eine Verwirklichung dieser Anregungen wird in Regierungskreisen in Bonn jedoch erst nach der Außenministerkonferenz für möglich gehalten, die im September in Lake Success stattfindet und das Thema Sicherheit mit Vorrang behandeln will.

Eine Art „Garde mobile“?

Von französischer Seite wurde der Bundesregierung der Wunsch nahe gebracht, die neue Schutzpolizei der „Garde mobile“ Frankreichs entsprechend aufzubauen. Wie es heißt, würden sich die Franzosen mit rund 80 000 Mann Schutzpolizei einverstanden erklären. Von britischer und amerikanischer Seite werden hinsichtlich des Aufbaus einer solchen Polizei keine Bedenken erwartet. Auch der deutsche Oppositionsführer Dr. Schumacher (SPD) deutete auf einer Pressekonferenz die Bereitschaft der Sozialdemokraten an, einer derartigen Polizeitruppe zuzustimmen. Er sagte am Mittwoch, daß „wir über die Polizei mit uns reden lassen“. Dadurch sichert sich der Kanzler eine Zweidrittelmajorität im Bundestag. Auch die Länder dürften keine wesentlichen Bedenken gegen eine Bundespolizei vorbringen.

Der erste Schritt

Die von den Alliierten genehmigte Polizeiverstärkung von 10 000 Mann für die Länder soll, nach weiteren Informationen aus Kreisen der Regierungskoalition, als eine Art Kadaver für die neue Schutzpolizei bereits in ähnlichem Sinne wie die geplante Bundespolizei organisiert werden. Aus Regierungskreisen verlautet ferner, daß die Äußerungen des Bundeskanzlers in seinem „New-York-Times“-Interview über die Bildung einer Verteidigungstruppe in Paris „schockartige Wirkungen“ ausgelöst und die Verhandlungen der deutschen Schumanplan-Delegation erheblich erschwert hätten. In Frankreich hatte man die Forderung des Kanzlers nach einer der Volkspolizei gleichwertigen Truppe dahingehend ausgelegt, daß Dr. Adenauer einen Verband in Stärke von mindestens 200 000 Mann verlangt habe.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte am Freitag nachmittag, wie aus Kreisen der Alliierten verlautet, eine längere Aussprache mit dem britischen Hohen Kommissar Sir Kirkpatrick. Bei dieser Gelegenheit soll der Hohen Kommissar den Bundeskanzler über die Ergebnisse seiner kürzlichen Londoner Reise und über die Haltung der englischen Regierung zur deutschen Sicherheitsfrage unterrichtet haben.

UN sollen Formosa-Frage prüfen

Ein Schreiben der Vereinigten Staaten - Malik läßt Reden übersetzen

Lake Success (UP). Die Vereinigten Staaten laden die Vereinten Nationen ein, die Übernahme des Schutzes von Formosa durch die amerikanische Flotte „hier oder an Ort und Stelle“ zu prüfen. Der Friede werde Formosa erhalten bleiben, versicherten die USA, so lange nicht jemand zu den Waffen greife.

Der amerikanische Vorschlag, der in einem Brief an den UNO-Generalsekretär Lie enthalten ist, wurde vom amerikanischen Delegierten im Sicherheitsrat, Austin, vor Zusammenretren der Räte veröffentlicht. Austin erklärte, die Vereinten Staaten hätten keineswegs chinesisches Territorium verletzt, da Formosa gegenwärtig weder zum kommunistischen noch zu National-China gehöre. Die Insel Formosa sei heute nichts als ein Territorium, auf dem die Chinesen gebeten worden seien, die Übergabe der japanischen Kräfte entgegenzunehmen. Die Entscheidung amerikanischer Truppenverbände in die Gewässer von Formosa wird im Brief an Lie als „unparteiliche neutralisierende Handlung“ bezeichnet, die sich gleichzeitig gegen die nationalchinesischen wie die kommunistischen Kräfte richte. Sie sei dazu bestimmt, den Frieden zu erhalten.

Austin erinnerte an die am 27. Juni und am 19. Juli von Präsident Truman abgegebenen Erklärungen über Formosa und stellte dann in acht Punkten fest, warum die „Formosa-Aktion“ unternommen wurde, die nur dem Frieden diene und die zukünftige politische Regelung des Status der Insel keineswegs vorwegnehme, um dann zu betonen, daß eine Entscheidung durch die Vereinten Nationen zu einer friedlichen — im Gegensatz zu einer gewalttätigen Lösung dieser Frage beitragen würde. Weiter wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß man nicht glaube, daß der Sicherheitsrat von der Erörterung der Aggression gegen die Republik Korea abgelenkt werden müsse oder abgelenkt werde. „Der Präsident des Sicherheitsrats sollte inwieweit den Pflichten seines Amtes nachkommen und mit

der Behandlung desjenigen Punktes der Tagesordnung fortfahren, der die Beschwerde gegen die Aggression gegen die Republik Korea betrifft.“

Inzwischen wurde die Sitzung des Sicherheitsrats eröffnet. Präsident Malik ordnete an mit der Übersetzung der drei Reden vom vergangenen Dienstag ins Französische fortzufahren. Die Übersetzung nahm mehrere Stunden in Anspruch.

„Bombenangriff“ zurückgeschlagen
Europäische Industriezentren konnten geschützt werden

Fontainebleau (UP). Die größten jemals in Europa abgehaltenen Luftflottenmanöver, als Übung „Cappola“ bezeichnet, die die Frage beantworten sollen, ob „Westeuropa gegen Atombomben aus dem Osten“ verteidigt werden kann, begannen in den frühen Morgenstunden des Freitag, Bombengeschwader flogen in der Morgendämmerung von ihren Stützpunkten in Großbritannien ab, um mit der „Akon-Invasion“ zu beginnen. Sie drehten nach Süden ab, um nach Deutschland zu fliegen, von wo aus dann der eigentliche Angriff auf den Westen, der als ein Angriff sowjetischer Bombengeschwader gelten soll, begann. Kurz nach Mittag tauchten britische und amerikanische Bombengeschwader über Rotterdam, Paris, Brüssel, Reims, Lüttich und Metz auf. Ihr Angriff wurde aber von den Jagdgeschwadern der Westunion-Mächte aufgefangen und abgewiesen. Der Angriff war von den Luftkriegsstrategen in Fontainebleau ausgeübt und war, wie der britische Luftmarschall, Sir Robb, oberster Chef der Luftstreitkräfte der West-Union-Mächte, erläuterte, für die Verteidiger möglichst schwer gemacht worden. Es handelte sich um einen schweren Angriff, wie er bei Ausbruch eines Krieges zu erwarten wäre. Die Luftmanöver dauern 3 Tage.

Der deutsche Standpunkt

Von UP-Korrespondent K. C. Thaler
Straßburg

Der deutsche Delegierte Dr. von Brentano, der nach eingehender Aussprache mit dem Bundeskanzler von Bonn nach Straßburg zurückgekehrt ist, nahm auf einer Pressekonferenz in Straßburg Gelegenheit, den deutschen Standpunkt zu einer Reihe von Fragen darzulegen, die in dem Wirrwarr der Meinungen und Meldungen der vergangenen Tage nicht immer mit der wünschenswerten Klarheit erörtert worden sind. Brentano versicherte vor allem, daß Deutschland bereit sei, „mit gleichen Rechten und Pflichten“ an der Verteidigung Westeuropas gegen eine etwaige Aggression aus dem Osten teilzunehmen. Der deutsche Abgeordnete sprach sich gegen eine direkte deutsche Aufrüstung und gegen Bildung deutscher Divisionen unter alleiniger deutscher Kommando aus, erklärte aber Deutschlands Bereitschaft, Mannschaften und sein Potential für eine europäische Armee unter einer politischen europäischen Autorität zur Verfügung zu stellen.

Brentano forderte jedoch, daß man Deutschland unverzüglich die Aufstellung einer starken Polizeimacht gestatte, um die Bundesregierung instandzusetzen, die innere Ordnung im Falle eines Notstandes aufrechtzuerhalten.

In Beantwortung von Fragen erklärte der Delegierte unter Berufung auf die Auffassungen des Bundeskanzlers, daß Deutschland gegen die deutsche Aufrüstung eingestellt sei, weil es nicht glaube, daß dies die deutschen Interessen fördern oder im Interesse der westlichen Welt liegen würde. Die große Mehrheit des deutschen Volkes lehne irgendeine Art deutscher Armee ab, die nationalstaatliche Interessen oder Ziele verfolge.

Auf die Frage, ob Deutschland die Beteiligung an den Vorkehrungsmaßnahmen des Atlantikpakt im Falle einer unmittelbaren Aggressionsgefahr in irgendeiner Form in Betracht ziehen würde, entgegnete Brentano: Deutschland werde die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten auch in einem solchen Falle niemals aufgeben. Es werde im Angriffsfall mit den anderen Mächten des Westens zusammengehen.

Brentano drückte weiter die Überzeugung aus, daß die Verwirklichung des Schumanplanes dazu beitragen werde, den Frieden in Europa in militärischer, politischer und sozialer Hinsicht zu sichern und so die Bedeutung militärischer Erwägungen in der zukünftigen europäischen Entwicklung herabzumindern. Der deutsche Politiker forderte, daß man Deutschland in Frieden und Freiheit leben lasse. Deutschland wünsche nicht die Verhältnisse in anderen Staaten zu ändern, und es wolle keine nationalstaatlichen Interessen oder Ziele verfolgen. Brentano sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland bald als gleichberechtigtes Mitglied in den Europarat aufgenommen werde. Er verwies darauf, daß die Bundesrepublik noch nicht im Ministerkomitee vertreten sei, weil es nach dem Besatzungsstatut keine selbständige Außenpolitik führen und keinen Außenminister haben dürfe.

330 000 neue Wohnungen

Eine europäische Rekordleistung
Bonn (UP). Die Fertigstellung von 330 000 Wohnungen bis Ende 1950 kündigte Bundeswiederaufbauminister Wildermuth in einer Pressekonferenz in Bonn an. Nach diesen Zahlen entfielen auf 1000 Einwohner des Bundesgebietes 69 Wohnungen. Mit dieser Bauleistung, meinte der Minister, werde jeder europäische Rekord geschlagen. Wildermuth gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch im kommenden Jahr wieder 250 Millionen DM aus ERP-Mitteln für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Wegen der noch immer sehr ernstern Wohnraumknappheit könne nicht an eine Aufhebung der Bewirtschaftung gedacht werden, schloß der Minister.

Mit Pechfackeln gegen die Polizei

Zusammenstöße in Solingen
Solingen (UP). In der Umgebung der Solinger Stadthalle kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und FDJ-Angehörigen, in deren Verlauf zwei Polizeibeamte und mehrere Zivilisten verletzt wurden. Von FDJ-Männern, die von einer Kundgebung kamen, wurde die Polizei mit Pechfackeln und Knütteln angegriffen. Die Polizei machte von ihrem Schlagstock Gebrauch.

Kräfte fordern Gesundheitsministerium. Die schnelle Errichtung eines Bundesgesundheitsministeriums forderten Vertreter der Ärzteschaft zu Beginn des Deutschen Ärztetages in Bonn.

Hallstein zum Staatssekretär ernannt. Der Leiter der deutschen Schumanplan-Delegation, Professor Dr. Hallstein, ist zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt ernannt worden.

Wo einst Bismarck wirkte...

Ostberlin soll wieder Regierungssitz werden
Berlin. (UP). Der Berliner Ostsektor soll im Verlaufe der kommenden Jahre endgültig zur Regierungsmetropole der Ostzone umgebaut werden...

Lastenausgleichs-Differenz beigelegt

Gesetzesentwurf Anfang Oktober im Bundestag
Bonn (UP). Der Entwurf des Gesetzes über den endgültigen Lastenausgleich wird dem Bundestag...

McCloy antwortete FDJlern

„Es ist mir unbegreiflich...“
Frankfurt (UP). Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy hat die Einladung einer Gruppe der kommunistischen FDJ in Kempten im Erzgebirge abgelehnt...

Adenauer empfing frühere Soldaten

Bestimmte Zusagen des Bundeskanzlers
Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer empfing eine Abordnung des „Bundes der versorgungsberechtigten ehemaligen Wehrmachtangehörigen“...

Der frühere deutsche General der Panzertruppen, Geyr von Schweppenburg, hat den Bundeskanzler gebeten, die ehemaligen Berufssoldaten bei der Aufstellung einer Schutzpolizei zu berücksichtigen...

VOM TAGE

Oberbürgermeister von Zittau geflüchtet
Wegen parteischädigenden Verhaltens ist der bisherige Oberbürgermeister von Zittau, Dr. Bender (LDP) aus seiner Partei ausgeschlossen worden...

3000 Menschen unschuldig verurteilt. In Waldheim in Sachsen seien im Juni und Juli 3000 Menschen unschuldig verurteilt worden, heißt es in einem der Presse übergebenen Flugblatt, das zur Zeit vom Untersuchungsausschuß freihändlerischer Juristen der Sowjetzone in Ostdeutschland verteilt wird.

Ein Riesenskandal bei den Sowjets in Ungarn. Zu einem Riesenskandal kam es bei den in Ungarn stationierten Sowjettruppen, weil festgestellt worden war, daß eine große Menge von Waffen an die antikommunistische Untergrundbewegung verkauft worden war.

Professor Amilotti gestorben. Professor Amilotti, ehemaliger Präsident des obersten internationalen Gerichtshofes in Den Haag, ist im Alter von 81 Jahren in seinem Heim in Pescaia gestorben.

Vertrauen für Kekkonen. Das finnische Parlament hat Ministerpräsident Kekkonen und seinem Kabinett mit 101 gegen 85 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Foreign Office dementiert. Das Foreign Office dementierte die vom kommunistisch-chinesischen General Jeh-Tschien-Jing erhobene Behauptung, daß britische militärische Einheiten auf das Hoheitsgebiet des kommunistischen China vorgedrungen seien...

Einmütige Bejahung fundamentaler Menschenrechte

Die große Charta in Straßburg gebilligt - Freilassung der Kriegsgefangenen gefordert

Straßburg (UP). Die europäische Versammlung billigte mit 111 gegen 0 Stimmen nach mehrstündiger Debatte die europäische Charta der Menschenrechte...

Außerdem wurde eine Reihe von Zusatzanträgen angenommen, die zur Verbesserung dieser Charta eingebracht wurden. Der nunmehr gebilligte Entwurf wird den Außenministern der Mitgliedstaaten während ihrer Tagung in Rom in der zweiten Hälfte des Oktober zur Annahme vorgelegt werden.

Vor der Billigung der Charta als Ganzes stimmte die Versammlung mit 97 gegen 0 Stimmen für die Einbeziehung einer Garantie des Eigentumsrechtes, mit 94 gegen 0 Stimmen bei 15 Stimmenthaltenungen für das Recht der Eltern, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen...

Die Militärs sind vorsichtig mit Vorberatern. Wenn Nachbarvölker allein versuchen sollten, in Jugoslawien einzufallen, würden sie wohl an der Grenze aufgehalten werden.

Appell Frau Dr. Webers

Im Laufe der vorangegangenen Debatten forderte die CDU-Delegierte, Frau Dr. Weber die Freilassung aller deutschen und japanischen Kriegsgefangenen sowie die Begnadigung aller inzwischen rechtskräftig abgerichteten Gefangenen...

Um die Regelung der Mitbestimmung

CDU besteht auf ihrem Entwurf
Bonn. (UP). Die CDU-CSU-Fraktion wird auf ihrem Entwurf für ein Gesetz über die Regelung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer bestehen...

Bayern äußerte Bedenken

Gegen Bundespolizei-Vollmacht
Bonn (UP). Ein Vertreter des Landes Bayern hat in einer Sitzung des Bundesrats-Ausschusses für innere Angelegenheiten — wie Konferenzteilnehmer erklärten — Bedenken gegen zu große Vollmachten für den Bund hinsichtlich der neuen 10.000 Mann Polizeireserve erhoben...

Schwarz-weiß-rot soll nicht strafbar sein

Kabinettsbeschlüsse zur Strafrechtsnovelle
Bonn (UP). Auf Beschluß der Bundesregierung soll das Zeigen der alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot zur Bekundung einer politischen Gesinnung nicht bestraft werden...

Während ferner die Regierung im allgemeinen mit Änderungsvorschlägen des Bundesrats zur Strafrechtsnovelle einverstanden war, will sie daran festhalten, daß Hetze gegen das friedliche Zusammenleben der Völker und unwahre Behauptungen über eine fremde Macht unter Strafe gestellt bleiben.

US-Eisenbahnerstreik abgeblasen

Truman griff entschieden durch
Washington (UP). Die beiden großen amerikanischen Eisenbahngewerkschaften haben am Freitag den für kommende Woche geplanten Streik ihrer 250.000 Mitglieder abgeblasen...

US-Milliardenhaushalt gebilligt

26 Milliarden Dollar Gesamtausgaben
Washington (UP). Das amerikanische Repräsentantenhaus bewilligte endgültig das Budget für das Finanzjahr 1950/51...

Spanien-Resolution Perus

Für normale Beziehungen mit Madrid
Lake Success (UP). Peru unterbreitete den Vereinten Nationen eine Resolution, in der die UNO-Vollversammlung aufgefordert wird, es dem Belieben der Mitgliedstaaten anheimzustellen...

Verabschiedung der britischen Korea-Truppen

Der britische Hohe Kommissar für Südost-Asien, MacDonald, richtete am Freitag eine Abschiedsrede an die zwei britischen Bataillone, die sich von Hongkong nach Korea einschiffen.

Die ersten Offensivstöße aufgefangen

Erfolgreiche Gegenangriffe der UN-Truppen - Weitere kommunistische Truppenansammlungen

Tokio (UP). Die amerikanischen und südkoreanischen Truppen gingen am Freitag abend und in der Nacht auf Samstag an allen Abschnitten der koreanischen Front zu Gegenangriffen über...

An beiden Flanken der Front, im Gebiet von Masan und nördlich Pohang, drangen die Truppen der Vereinten Nationen in örtlichen Aktionen weiter vor. Der letzte Brückenkopf der Nordkoreaner am oberen Nak-tong wurde von den amerikanischen Truppen aufgegeben und bis zur Bedeutungslosigkeit eingeeignet.

In seinem Kommuniqué erklärt General Douglas MacArthur, die Verbündeten hätten die erfolgreiche Bekämpfung eingestrichelter gegnerischer Verbände nördlich Taegu fortgesetzt. In diesem Abschnitt hatten die Nordkoreaner in ihrem ersten Vorstoß den 500 m hohen Pogyje-Hügel 22 km nördöstlich Taegu mit 2000 Mann besetzen können...

gen die Kuppe des Pogyje-Hügels vor.

Die dritte und die Hauptstadt-Division der Südkoreaner setzten indessen ihre Angriffe im Abschnitt von Pohang fort, während die rechte Flanke und das Zentrum der Südkoreaner gut vorwärts kamen...

An der Südküste wird die Bereitstellung von Truppen für einen neuen Angriff von den Nordkoreanern fortgesetzt. In einem lokalen Gegenstoß griffen Einheiten der amerikanischen 25. Division einen von 300 Nordkoreanern besetzten strategisch wichtigen Hügel an und nahmen ihn nach übereinstimmenden Meinungen führender UN-Offiziere haben die Nordkoreaner bereits mit erheblichen Nachschubschwierigkeiten zu kämpfen.

Truppenkonzentration vor Nordkorea

Chinesische Kommunistenarmeen versammelt
Washington (UP). Ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums gab bekannt, daß in der Nähe der mandchurisch-koreanischen Grenze zwei Armeen der chinesischen Kommunisten zusammengezogen worden seien.

Belgrad ist teuer und langweilig

Ein Reisebericht vom Balkan - Deutsche Spezialisten möchten heim

Die Maschine der Jugoslovenski Aero-Transport kehrt mehrmals wöchentlich. Sie bringt jeden heute in 5 Stunden von Frankfurt nach Belgrad. Der schnellste Zug braucht dagegen mit einem zwangswiseen halbtägigen Aufenthalt in Budapest über 48 Stunden.

In aller Frühe, gegen 6 Uhr, weckt Lautsprechermusik auf der Terrasse, der Hauptstraße, auch die Spätkommünlinge. Einige rot auflackerte Citroen-Busse, tschechische Skodas und Tatra's als einzige repräsentative Wagen Regierungs-Mercedes, beleben das morgendliche Straßenbild.

Schaufenster sind dürrig
Die Lautsprecher hatten später auf eine Agitationsrede umgeschaltet. Davon ließ sich aber nicht einmal mehr der Bauer mit der Gans unter dem Arm ablenken.

Ein angelernter guter Arbeiter verdient gegenwärtig 280 bis 350 DM. Ein Spezialist oder ein Udarnik, ein jugoslawischer Stachanowarbeiter, bringt es auf 300 bis 600 DM.

Sowjetzone herübernahmen. Heute leben etwa 15.000 Deutsche im ganzen Lande verstreut. Als sie ihren Arbeitsvertrag auf zwei Jahre abschlossen, waren 7000 Dinare ein schönes Stück Geld.

Über Kopfsteinstapler fährt man den Hügel hinauf zur Ausländerkolonie. Auch Tito residiert hier in der Nähe. Am Eingang zu seiner Villa in der prächtigsten Lage stehen zwei Männer der Leibwache.

Ein Ausflug führt den Besucher nach Avala, einem 900 Meter hohen Berg. Das Berghotel war vor dem Kriege berühmt. Auch heute noch ist der Blick über Belgrad und die Ebene nach Ungarn bezaubernd.

Schönheitsfassade und Kriegsspuren
Das Stadtbild von Belgrad zeigt überall noch Kriegsspuren. Eines von jeweils 6 Gebäuden wurde zerstört oder schwer beschädigt.

Mus der badischen Heimat

Moderner Pegel Europas in Mannheim
bpd. MANNHEIM — Am Mannheimer Rhein-
ufer wird zur Zeit eine neue Pegeluhrr errichtet;

Um einen Rücktritt
bpd. MANNHEIM — Die Nachricht von dem
Rücktritt des Intendanten des Mannheimer National-

Erste badische Segelfliegergruppe gegründet
bpd. OFFENBURG — Die erste offizielle Grün-
dung einer Interessengemeinschaft ehemaliger

100 000 qm neuer Wohnraum in Oberbaden
bpd. FREIBURG — Der Wohnraum in Süd-
baden hat sich in der Zeit vom 1. April bis zum

Umsatz der oberbadischen Holzindustrie
beträchtlich gestiegen
bpd. FREIBURG — Wie aus einem Jahres-

Heimkehrer gegen Remilitarisierung
Wertheim (Wvb). Auf einer Versammlung
des Kreisverbandes der Heimkehrer in Wert-

Heidelberg (Wvb). Die Teilnehmer an
der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft für
Sozialstudien“ hielten in der Heidelberger

Statt Kirchweihfreuden kam der Tod
Weinheim (bpd). Ein 26jähriger Motor-
radfahrer wollte mit seiner 17jährigen Frau

Ein höchst unsolides Unternehmen
Mannheim (SWK). Einem in seiner Art
nicht alltäglichen Fall von Scheidungswinkel

Fünf neue Glocken für Südt Neuburg
Heidelberg (Wvb). In der Abteikirche
des Stiftes Neuburg bei Heidelberg wurden

Bürgerversammlung setzte sich durch
Tauberbischofsheim (Wvb). Auf einer
Bürgerversammlung in Tauberbischofsheim

Schwer verletzt unter dem Triebwagen
Schweitzingen (ZSH). Eine Frau aus
Pflanzstadt, die sich mit ihrem Fahrrad auf

Der technische Ausschuss des Mannheimer
Stadtrates hat rund 700 000 DM freigegeben,
die zum Wiederaufbau einer Schweinemarkt-

In der Wertheimer Jugendberge sind
dieser Tage 27 ausländische Studenten einget-

Fall Bürkle im „Scheinverfälscht“
Stuttgart (Wvb). Die Stuttgarter Staats-
anwaltschaft hat einen neutralen Sachver-

Studenten sollen Landjugendarbeit fördern
Stuttgart (Wvb). Am Schloß Hohenheim
began ein vierstägiger Lehrgang für Studen-

Deutsche Europa-Delegation in Kehl
bpd. KEHL — Die Mitglieder der deutschen
Europa-Delegation in Straßburg besuchten auf

Rastatt Oberbürgermeister übernimmt
Leitung der Arbeitsgemeinschaft der Badener
bpd. RASTATT — Der Oberbürgermeister der

Indische Gäste beim Badenwerk
bpd. FORBACH — Der Premierminister der
pakistanischen Provinz Ostbengalen, Amin Nurul,

Ein Bauberatungsdienst für das Land
bpd. BADEN-BADEN — Das Sozialwerk für
Wohnung und Hausrat, das von den Wohlfahrts-

Ein Rückfall in überholte Sentimentalitäten?
bpd. FREIBURG — Von der Südweststaat-Seite
wird immer wieder erklärt, daß die Wieder-

Von badischer Seite wird dazu darauf hinge-
wiesen, daß, abgesehen von der Tatsache, daß
die Wiedervereinigung Badens schließlich nichts

Das Liesebethli

Roman aus den Schweizer Bergen
von Doris Eide

Copyright by Verlagsges. Eutlingen Gertel & Spörr

22. Fortsetzung

Sie war freundlich mit allen und vermochte
es auch, mit den Anderen fröhlich zu sein,
sonst aber war es, als lebte sie nur aus zweiter-

So saßen denn die Drei einträchtig zusam-
men in dem Raum, in dem die Ziviltraueren
und ähnliche feierliche Anlässe abgehalten

hier im dunklen Sonntagsrock und der Amts-
mütze ganz anders aus, als es ihn sonst von
der Straße her kannte. Er holte ein großes

„Da hört doch wirklich alles auf! Komme-
die Leute daher, wollen erben und können
nicht einmal beweisen, wer sie sind. So stiehlt

Fortsetzung folgt.